Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 48 (1954)

Heft: 3-4: Um Israel

Artikel: Weltrundschau : amerikanische Weltstrategie ; Endkampf um die EVG ; Die asiatische Frage ; Lateinamerika den USA! ; Weltmacht Vatikan ; Kirche, Staat, Wirtschaft ; Die Bank vom Heiligen Geist ; Das Bündnis von Kirche und Kapital ; Katholische Aktion

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139894

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Amerikanische Weltstrategie Die Nordamerikanische Union ist die Führerin der sogenannten freien Welt im Kampf gegen Diktatur und Gewaltherrschaft. Das weiß man. Aber man macht sich schwerlich immer eine genaue Vorstellung von dem weltweiten *Militärsystem*, dessen Mittelpunkt Washington ist. Es umfaßt tatsächlich alle fünf Erdteile durch eine ganze Reihe von Vertragsnetzen, die in fast unentwirrbarer Weise ineinander verwickelt und verschlungen sind. Den Anfang machte der *Interamerikanische Vertrag* über gegenseitige Hilfeleistung, den die Vereinigten Staaten im Jahre 1947 mit 20 lateinamerikanischen Ländern abschlossen. Dann folgte zwei Jahre später der *Nordatlantik-Vertrag* (NATO), der elf weitere Staaten an die USA band; zwei nicht gerade atlantische, aber dafür sehr «freie» Staaten, die Türkei und Griechenland, sind seither noch dazugekommen. Durch besondere Vereinbarungen hat sich Amerika ferner auch Schweden, Jugoslawien und zuletzt Spanien militärisch angegliedert.

Im Jahre 1951 wurde hierauf, unter amerikanischer Führung, der *Pazifikbund* geschaffen, der Australien, Neuseeland und die Philippinen mit den Vereinigten Staaten zusammenschloß, ergänzt durch eine zweiseitige Abmachung zwischen den USA und Japan. Und schließlich sind da all jene Militär- und Beistandsverträge, die Amerika mit *asiatischen Festlandstaaten* abgeschlossen hat: von Israel und Saudiarabien über Irak und Persien, Afghanistan und Pakistan bis hin nach Burma, Siam, Indonesien, Formosa und Südkorea. In *Afrika* «beschützen» die Vereinigten Staaten, außer Marokko und Algerien, auch Abessinien, Erythraea und die Südafrikanische Union. Westdeutschland und Österreich sind ohnehin militärisch unter amerikanischer Kontrolle.

Man sieht, es ist eine ganze Musterkarte «freier Nationen», die sich hier vor uns ausbreitet und kapitalistische Demokratien wie klerikalkonservative Staaten, asiatische Despotien ebenso wie halb- und ganzfaschistische Länder in Europa, Afrika und Lateinamerika verzeichnet; ihr Studium allein schon sollte, sofern man es überhaupt ehrlich meint, das Schlagwort vom westlichen «Freiheitslager» als plumpe Propagandalüge erkennen lassen. Die Vereinigten Staaten haben sich so, wie «U. S. News and World Report» (12. Februar) ausrechnet, insgesamt 64 Staaten mit 28,3 Millionen Quadratmeilen und anderthalb Milliarden Menschen militärisch angegliedert — 54 Prozent der Erdoberfläche und 61 Prozent der Erdbevölkerung. «Es gibt nichts in der Geschichte der modernen Welt», so bemerkt dazu das Blatt, «das diesem Wächteramt einer einzigen Nation über solche Riesengebiete gleichkäme.»

Und das Unheimliche ist nun, daß nach der «neuen Strategie», die die amerikanische Regierung verkündet hat, jeder bewaffnete Konflikt,

der von den Vereinigten Staaten als kommunistischer Angriff auf eines dieser 64 Länder erklärt wird, ohne weiteres zu einem dritten Weltkrieg führen kann. Nicht *muß*; Dulles und Eisenhower haben neuerdings beschwichtigend erklärt, daß es keineswegs die Absicht Amerikas sei, jeden lokalen Konflikt zu einem Weltkrieg mit Atomwaffen auszuweiten. Aber die Vereinigten Staaten gehen doch unzweifelhaft darauf aus, das Schwergewicht ihrer Wehrmacht auf die Entwicklung der Massenvernichtungswaffen zu legen, mit denen blitzartige Zerstörungsaktionen größten Stils gegen den kommunistischen Weltfeind ausgelöst werden könnten, während ihre Bundesgenossen vornehmlich die Bodentruppen zu liefern hätten. Und was die Hauptsache ist: die Entscheidung über die Entfesselung eines (natürlich als Verteidigung erklärten) *allgemeinen* Krieges würde nur von der amerikanischen Regierung, zuletzt vom Präsidenten, gefällt werden, so wie auch das Eingreifen der UNO in Korea selbstherrlich von dem kleinen Kreis der Politiker und Militärs erzwungen wurde, der dem Präsidenten der Vereinigten Staaten als Berater dient. «Trotz allem Gerede von loyaler Gemeinschaftsarbeit (teamwork) hat die USA-Regierung (mit der Verkündigung ihrer neuen Strategie) in einer Sache, bei der es für einen jeden von uns um Leben und Tod geht, einseitig gehandelt, und die britische Regierung hat sich gefügt», stellt der «New Statesman» (20. März) besorgt fest. Von den Regierungen Frankreichs, Italiens und der anderen 60 «souveränen» Bundesgenossen gar nicht zu reden. Grund genug, aufs wachsamste zu beobachten, wie sich die amerikanische Weltpolitik und -strategie weiterentwickelt und wie sich das Verhältnis der 64 Schutzbefohlenen zu ihrem Schutzherrn gestaltet.

Endkampf um die EVG Was zunächst das allgemeine Verhältnis zwischen West- und Ostblock betrifft, so hat sich als Folge der Berliner Konferenz weitherum ein Gefühl der *Entspannung* verbreitet. Zum Teil sicher mit Grund; die Verhandlungen sind nicht einfach als hoffnungslos brüsk abgebrochen worden, sollen vielmehr, zunächst mit der Genfer Ostasienkonferenz, weitergeführt werden. Und das ist immerhin ein Gewinn. Aber auf der anderen Seite wird jetzt von westmächtlicher Seite die Berliner Konferenz doch, wie von Anfang an beabsichtigt, als Beweis dafür ausgegeben, daß man mit den Russen *nicht* verhandeln könne, so wie nach der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 429) Dulles auch nur deshalb nach Genf gehen wolle, weil er damit zeigen zu können hoffe, «daß man mit den Kommunisten über den Fernen Osten ebenso wenig verhandeln könne wie über Europa». Dabei wird natürlich immer wieder verschwiegen, daß man in Berlin eben eine Lösung der deutschen Frage erstrebte, die *auf Kosten der Sicherheit der Oststaaten* gegangen wäre. *Darum* sagten die Russen nein — nicht, weil sie halt «nur die Sprache der Gewalt verstünden». Und es sind die Westmächte, die jetzt ihre Lösung der deutschen und

der gesamteuropäischen Frage — «Befreiung aller Völker von der Elbe bis zum Ural vom bolschewistischen Joch» — den Staaten des Ostblocks erst recht mit Gewalt aufzwingen wollen.

Der nächste Schritt auf diesem Weg soll die *Aufrüstung Westdeutschlands* im Rahmen einer «Europäischen Verteidigungsgemeinschaft» sein. In Westdeutschland selbst ist bereits das Gesetz durchgedrückt worden, das die Wiedereinführung der Militärdienstpflicht erlaubt. Und in den anderen EVG-Ländern ist offenbar der Endkampf um die Genehmigung des Pariser Vertrages im Gange. Nach Holland hat jetzt Belgien ratifiziert, und Luxemburg will es unverzüglich auch tun. Norwegen hat — obwohl es der EVG nicht angehören soll — den Militärdienst von 12 auf 16 Monate erhöht, so wie Großbritannien nach einer denkwürdigen Parlamentsdebatte jetzt eine eigene Flotte von schweren Atombombern bauen wird (angeblich um sich von Amerika etwas unabhängiger zu machen).[1] Die italienische Regierung verlangt, mit ausdrücklicher Berufung auf den Mißerfolg von Berlin, ihrerseits die schleunige Annahme des EVG-Vertrages, was freilich im Hinblick auf den großen Halbweltskandal, der auch die offizielle Welt arg in Mitleidenschaft zieht, seine Schwierigkeiten haben dürfte. Auf das französische Parlament aber wird von Amerika und Westdeutschland aus wie von der eigenen Regierung der stärkste Druck ausgeübt, damit es endlich seinen Widerstand gegen die deutsche Aufrüstung aufgebe. Und die Hoffnungen Washingtons und Bonns sind denn auch — bei der Angst der «Volksvertreter» vor einem Aufhören der ebenso bequemen wie einträglichen Dollarhilfe — nur zu begründet, trotz der Volksbewegung, die, gewiß die Meinung der großen Mehrheit der Franzosen ausdrükkend, sich gegen die Neuetablierung des deutschen Militarismus erhebt.

Das Kläglichste an dem ganzen Schauspiel ist, daß die westeuropäischen *Sozialdemokraten* mit ihrem Kommunistenkomplex bereit stehen, die EVG und damit die Wiederaufrüstung Westdeutschlands zu retten! Mit nur ganz knapper, künstlich zustandegebrachter Mehrheit, aber eben doch, hat die *Labourführung* beschlossen, *für* die EVG einzustehen, obwohl, wie Professor Cole («New Statesman», 6. März) sagt, ohne den

---

[1] England werde in einem Krieg unter allen Umständen von Amerika abhängig sein, schon für seine Lebensmittelversorgung, stellte demgegenüber der Abgeordnete Crossman im Unterhaus fest. Lasse es sich aber auf atomische Bombardierungen ein, dann gerate es auf den Weg unrettbarer Demoralisierung, wie die ruchlose Zerstörung von militärisch bedeutungslosen Städten im Zweiten Weltkrieg bewiesen habe (Hiroshima, Dresden usw.). «Es ist», so sagte Crossman, «etwas vom Demütigendsten, daß die westlichen Demokratien, die im Frieden die vernünftigsten und gütigsten Leute in ihren Beziehungen zueinander sind, im Krieg weitaus brutaler sind als die totalitären Mächte... In Korea wurden Hunderttausende von Menschen ganz automatenmäßig mit Napalmbomben überschüttet... Das ließ uns nach meiner Ansicht den Koreakrieg verlieren. Denn wenn es irgendein Mittel gab, um den Asiaten zu beweisen, daß es der weiße Mann ist, der kommt, um sie zu zerschmettern, so war es die rücksichtslose Bombardierung von Nordkorea.» Begreiflich, daß die englische Presse diese und ähnliche Reden in ihren Parlamentsberichten einfach unterschlug!

amerikanischen Druck «keine Seele in der britischen Labourführung sie unterstützen würde». «Peace News» (5. März) glaubt sogar, daß «Attlees Führerschaft den endgültigen Zerfall der Labourpartei bezeichnen wird, die aufhört, noch eine besondere Aufgabe erfüllen zu können». Die *französischen* Sozialdemokraten scheinen längst mehrheitlich für die EVG gewonnen zu sein und dürften im Parlament die Entscheidung für die deutsche Aufrüstung herbeiführen. Ähnlich steht es mit den anderen sozialdemokratischen Parteien, deren Internationale in Brüssel, bei ganz wenigen Enthaltungen und gegen die *deutsche* Stimme, sich in etwas verschwommener Art für die EVG erklärt hat. Die Haltung der deutschen Sozialdemokraten ist freilich widerspruchsvoll: sie sind grundsätzlich für die Aufrüstung, aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen dagegen; sie wollen keine EVG, weil ihnen die Einigung Deutschlands wichtiger ist, verlangen aber gesamtdeutsche Wahlen als erste Voraussetzung der Einigung, genau wissend, daß solche Wahlen *jetzt* unfehlbar Deutschland ins westmächtliche Lager führen würden. Was die *schweizerische* Sozialdemokratie anbelangt, so ist ihre Führerschaft gespalten, ebenso wie ihre Presse, während höchst wahrscheinlich die große Mehrheit des Parteivolkes — *nicht* allerdings der Delegierten an einem Parteitag — gegen die Wiederaufrüstung Deutschlands ist.

So wird eben weiter und weiter gerüstet. Nicht zuletzt mit den *Atomwaffen;* die am 1. März zur Entladung gebrachte amerikanische Wasserstoffbombe soll (Washingtoner Meldung vom 18. 3.) eine sechshundertmal stärkere Wirkung gehabt haben als die Bombe von Hiroshima, und bereits nimmt man die Herstellung einer Wasserstoffbombe in Aussicht, die noch achtzigmal verheerender sei als die vom 1. März. Ist das ein Zeichen der Entspannung, die jetzt zwischen Ost und West eingetreten sei? Konni Zilliacus, der englische Labourpolitiker, hat vollkommen recht, wenn er (in der Neuyorker «Nation» vom 20. Februar) meint, bevor eine Vereinbarung zwischen den beiden Blöcken möglich sei, müßten die Westmächte über *eine* Grundfrage einig sein:

«Wollen sie den Kommunismus in der Welt austilgen, indem sie die kommunistischen Regime überall durch Druck von außen und gestützt auf immer stärkere Rüstungen zu überwältigen suchen, in Verbindung mit der Erregung und Förderung innerer Aufruhrbewegungen? Oder wollen sie mit den zwei Fünfteln der Menschheit, die kommunistisch regiert werden, Handel treiben und in Frieden leben, auf der Grundlage der Nichteinmischung in die beidseitigen inneren Angelegenheiten? Solange alle ernstere soziale und koloniale Gärung als Kommunismus angesehen und der Kommunismus einfach als in Moskau fabrizierte Weltverschwörung ausgegeben wird, müssen sie notwendigerweise den ersten Weg wählen, und das schließt jede Verständigung überall aus und macht einen dritten Weltkrieg unvermeidlich.»

Die Regierungen der Westmächte sind freilich ganz anderer Ansicht. Für sie ist die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus vor allem eine *machtpolitische* Angelegenheit und darum die Steigerung jeder Kriegsrüstungen die erste Aufgabe der «freien Welt». Weit entfernt, die zur praktischen *Anwendung* drängende innere Gesetzmäßigkeit der

militärischen Rüstungen zuzugeben, behaupten sie noch immer, der Friede sei um so besser gesichert, je mehr die kommunistischen Staaten durch die Drohung mit dem Einsatz überlegener Massenvernichtungswaffen eingeschüchtert würden, insbesondere auch durch die Entwicklung der Atom- und Wasserstoffbombentechnik in den Vereinigten Staaten. Sie vergessen dabei nur, daß diese Drohung in dem Maß unwirksam wird, als die Sowjetunion den Vorsprung einholt, den Amerika bisher in der Atomwaffenproduktion hat. Denn, um die Russen von einem Angriff auf den Westen abzuschrecken, *dazu* braucht es wirklich keine Atombomben; nur politischen Kindern kann man noch das Gruseln vor den kommunistischen Welteroberungsplänen beibringen. Der *wahre* Zweck der fieberhaften Aufrüstung des Westens ist, wie für jeden Sehenden klar am Tage liegt, der Aufbau einer «Position der Stärke», ja der unbedingten und erdrückenden militärischen Überlegenheit der alliierten Mächte, von der aus sie die kommunistischen Regierungen zur Kapitulation zwingen und auch jede lokale Erweiterung des kommunistischen Einflußbereiches verhindern könnten. Und gerade dieser Zweck wird *nicht* erreicht werden, wenn die Russen ihrerseits mit dem Einsatz von Atomwaffen drohen können. Dann macht es ihnen keinen Eindruck mehr, auch wenn der Westen ihnen die feierlichsten Ultimaten stellt, wissen sie doch, daß dahinter kein ernsthafter Wille steht, die westmächtlichen Forderungen notfalls durch Auslösung eines Atomkrieges durchzusetzen, der dann ja sofort auch sie selber treffen müßte. Die ganze Druck- und Drohpolitik der Westmächte und all ihre Aufrüstung wird so in zunehmendem Maße einfach *Bluff*, genau so wie die «neue Strategie», die droht, unter Umständen irgendeinen regionalen Vorstoß des Kommunismus mit einem Atomkrieg zu beantworten. Das sieht sogar die «Neue Zürcher Zeitung» ein, die resigniert feststellt (Nr. 725):

«Der Besitz der Wasserstoffbombe schließt den Gebrauch der gleichen Waffe durch einen Gegner aus. Damit fällt aber der Gedanke, der so lange die Vorstellungen beherrschte, daß mit Massenvernichtungsmitteln das, was wir ‚lokale' oder ‚interne Aggression' zu nennen pflegen, verhindert werden könne, dahin. Gegen einen kommunistischen Handstreich in Siam, in Berlin, in Italien kann keine riesenhafte Atombombe gebraucht werden, und er dürfte sich auch kaum mehr allein durch die Drohung mit dem Abwurf einer solchen Bombe auf die Hochburg des Kommunismus verhindern lassen.»

Die große Frage ist nur, ob den Westmächten diese ganze Sachlage noch rechtzeitig so klar wird, daß sie entschlossen auch die Folgerungen daraus ziehen. Und da muß man nun freilich unglücklicherweise feststellen, daß die Aussicht auf eine solche Wendung bisher gleich Null ist. Die alliierten Regierungen haben sich bereits derart tief in die Sackgasse der gewaltmäßigen «Abrechnung» mit dem Kommunismus verrannt, daß sie den Ausweg daraus nicht mehr zu finden scheinen und ihre irregeführten Völker nicht mehr zur Umkehr veranlassen *könnten*, auch wenn sie selbst es wollten.

Die asiatische Frage Das gilt namentlich auch für Asien. Die Westmächte haben noch immer nicht begriffen, um was es dort geht, oder vielmehr: sie *wollen* es nicht begreifen und klammern sich darum immer noch an die Hoffnung, die Freiheitsbewegung der asiatischen Völker, die als einzigen Bundesgenossen den Kommunismus kennt, mit Gewalt ersticken zu können. An der Genfer Ostasienkonferenz soll die Notwendigkeit dazu — wie bereits gesagt — neuerdings bewiesen werden. Denn so, wie die Westmächte sich die Lösung der *Koreafrage* vorstellen, werden sie natürlich weder die Zustimmung der Nordkoreaner noch die der Chinesen oder der Russen bekommen. Eine Einigung Koreas unter dem Regime Syngman Rhee — diesem korrupten Feudaldespotismus — kommt gar nicht in Frage, und etwas anderes können und wollen mindestens die Amerikaner, auf Gedeih und Verderb mit ihren südkoreanischen Freunden zusammengekettet, nicht ins Auge fassen. Dies um so weniger, als sie noch immer von einem gewaltsamen Sturz des kommunistischen Regimes in China träumen — und nicht nur träumen, sondern ihn ganz real vorbereiten. Erst letzthin haben sie ihrem Schützling Tschiang Kai-schek zwei Kriegsschiffe geschenkt und dabei durch den Mund ihres stellvertretenden Außenministers Robertson die Hoffnung aussprechen lassen, der fortgesetzte «friedliche» Druck amerikanischer und sonstiger antikommunistischer Armeen auf China (bei dem es natürlich auf die Länge nicht bleiben könnte) werde schließlich zum Zusammenbruch der Pekinger Volksrepublik führen.

Eher scheint in Genf eine Verständigung über *Indochina* möglich zu sein, da die Franzosen heilfroh wären, wenn sie, unter Wahrung des Gesichtes und ihrer kolonialen Ausbeutungsmöglichkeiten, den «schmutzigen Krieg» loswerden könnten. (Immer vorausgesetzt natürlich, daß Amerika es erlaubt; die Vereinigten Staaten behandeln ja mit ihrer steigenden Geld- und Militärhilfe an Frankreich den Krieg in Indochina immer mehr als *ihre* Sache und scheinen sich nach jüngsten Äußerungen von Dulles nur mit einem «Endsieg» über die «kommunistischen Rebellen» zufrieden geben zu wollen.) Und da man davon spricht, die Chinesen wären nicht abgeneigt, Ho Chi-Minh und seine Sache fallen zu lassen (so wie die Russen seinerzeit in Griechenland den General Markos geopfert haben, um sich mit Amerika besser zu stellen), so bieten sich hier den Diplomaten in der Tat gewisse Tauschmöglichkeiten. Wobei die Schwierigkeit nur die ist, daß die asiatischen *Völker* durch alle solche Kuhhandelsgeschäfte früher oder später einen dicken Strich machen würden . . .[2]

Wie wenig die Völker Asiens geneigt sind, sich weiter am Gängel-

[2] Die scheußliche Kriegführung der Franzosen und Amerikaner, die nun, wie in Korea, so auch in Indochina massenhaft ihr Napalm über den Feind ausschütten, wird sicher die Erbitterung *aller* Asiaten über die weißen «Zivilisatoren» noch weiter steigern.

band führen zu lassen, haben zwei jüngste Ereignisse in *Indien* gezeigt. Das eine ist die Wahlniederlage der hinter der indischen Bundesregierung stehenden Kongreßpartei im Staat Travancore-Cochin, wo die Kommunisten und Sozialisten die Mehrheit errungen haben, und das andere der eigentliche Zusammenbruch der Regierungspartei in Ostpakistan, wo die reaktionäre Moslemliga fast vollständig von der Bildfläche verschwunden ist. Ob dadurch die Unterwürfigkeit der pakistanischen Zentralregierung unter die amerikanische Asienpolitik in Frage gestellt wird, bleibt abzuwarten; was Indien betrifft, so ist es wirklich kein Zufall, daß Nehru mit wachsender Schärfe von den Vereinigten Staaten abrückt, wenn er sich auch keineswegs einfach an die Seite Chinas (und der Sowjetunion) zu stellen gesonnen ist.

Und schließlich *Vorderasien*, eingeschlossen das mit ihm vielfältig verbundene Ägypten. Die neueren Bewegungen in der arabischen Welt sind zwar im einzelnen noch recht undurchsichtig. Zwei Dinge scheinen indessen klar. Einmal, daß die Vereinigten Staaten, zusammen mit Großbritannien, alles ins Werk setzen, um die Arabische Liga zu sprengen; der von ihnen unterstützte Staatsstreich in Syrien und der angekündigte Absprung Iraks von der Liga hat diesen Bemühungen auch bereits gewisse Erfolge gebracht, so daß sich Ägypten mehr und mehr isoliert sieht und gegenüber Großbritannien im Kampf um den Suezkanal in Nachteil gerät. Sodann aber steht fest, daß trotz alldem und trotz den wirtschaftlichen Druck- und Lockmitteln Amerikas die antiimperialistische Bewegung auch im Nahen Orient an Stärke immer nur zunimmt. J. A. Joyce spricht es, von einer Asienreise zurückkommend, in den Londoner «Peace News» deutlich aus:

«Die NATO-Propaganda ist in England so beharrlich und hinterhältig, daß wir uns aus den verzerrten Presseberichten, die wir mit unserem Morgentee einschlürfen, nur eine ganz schwache Vorstellung davon machen, wie entschlossen diese arabischen Regierungen sind, den Vormarsch des ‚westlichen Imperialismus' (wie NATO ins Arabische übersetzt wird) am Suezkanal zum Stehen zu bringen.»

Tragisch wäre es aber, wenn die Regierungen der arabischen Staaten versuchten, durch einen neuen Krieg mit *Israel* ihre Völker von ihren außen- und innenpolitischen Schwierigkeiten, besonders auch von der fürchterlichen Mißwirtschaft ihrer herrschenden Klassen, abzulenken. Tragisch darum, weil sich der Weg des *politischen* Zionismus mehr und mehr als Irrweg zu erweisen droht. Fr. W. Foerster läßt (in der neuen Auflage von «Christus und das menschliche Leben»), im Blick darauf, den Richter Samuel den Juden von heute sagen:

«Habt ihr aus eurer langen Geschichte nichts gelernt? Habe ich denn nicht recht gehabt, als ich euch warnte, von fremden Beispielen zu leben? Wenn *ihr* Politik macht, so ist das etwas ganz anderes als die Politik der andern Völker. Euch blieb und bleibt auf dieser Welt nichts übrig als *theokratische* Politik, das heißt Politik von Gott her, zu treiben und von dort aus das zu ordnen, was die anderen ohne Gott niemals dauerhaft ordnen können. Was könnt ihr heute in der gegenwärtigen Form eurer politisch-religiösen Existenz der übrigen Welt geben? Nichts könnt ihr geben, was

eine geistige Hilfe für die Umwelt wäre, in die ihr eingedrungen seid. Nur Mißtrauen könnt ihr erregen gegenüber einer unbegreiflichen geistigen Absonderung. Die anderen machen Politik mit *politischer* Leidenschaft, ihr macht Politik mit *religiöser* Leidenschaft. Das hat schon einmal zur Zerstörung Jerusalems geführt.»

Die Warnung ist nur zu berechtigt, um so mehr als Israel, trotz dem grundsätzlichen Irrtum des zionistischen Nationalismus, mit seinem Genossenschaftssozialismus bereits auf dem Wege war, seiner asiatisch-arabischen Umwelt gerade auch für die Gestaltung der politischen und wirtschaftlichen Gemeinschaftsformen ein leuchtendes Vorbild zu werden. Dieser Weg ist in den letzten Jahren mehr und mehr verlassen worden; Israel ist daran, ein bürgerlich-kapitalistischer Staat wie irgendein anderer zu werden und, von Amerika subventioniert, seine wirkliche Sendung zu verfehlen. Gewinnt es noch rechtzeitig die Inspiration, die ihm die Kraft gäbe, einen neuen Weg zu beschreiten — den Weg, den ihm sein uralter Auftrag weist?

Lateinamerika den USA! Besonders widersinnig ist der Antikommunismus im Verhältnis der Vereinigten Staaten zu den lateinamerikanischen Ländern. Die Aufmerksamkeit ist in der Berichtszeit auf diesen Sachverhalt erneut hingewiesen worden: durch die allamerikanische Konferenz in Caracas und durch die Schießerei puertoricanischer Fanatiker im amerikanischen Bundesparlament.

Puerto Rico, die kleine Insel im Karibischen Meer östlich von Kuba, ist von den Vereinigten Staaten im Gefolge des spanisch-amerikanischen Krieges 1898 annektiert worden. Es ist nur so groß wie die Kantone Waadt und Wallis zusammen, hat aber 2¼ Millionen Einwohner, was eine ungeheuerliche Übervölkerung darstellt. Und da fast drei Viertel des anbaufähigen Bodens wenig fruchtbar sind, die Industrie aber schwach entwickelt ist, so sind Massenarmut und Arbeitslosigkeit der Normalzustand des Inselstaates. 50 000 und mehr Puertoricaner wandern alljährlich nach Nordamerika aus; allein Neuyork zählt jetzt über 400 000 Puertoricaner — soviel wie ganz Zürich Einwohner hat. Offenbar fühlen sich diese Menschen aber in den Elendsquartieren Neuyorks und Chicagos immer noch wohler als in ihrer trauten Heimat. Dort belief sich tatsächlich das durchschnittliche Familieneinkommen im Jahr 1942/43 auf ganze 341 Dollar. (Nach «Self-Determination for Puerto Rico» von Clarence Senior, Neuyork 1946.) An Milch verbrauchte damals (und heute steht es nicht besser) die Bevölkerung nicht mehr als 35 Liter pro Kopf und Jahr. Die Nahrung besteht für das Volk hauptsächlich aus Reis und Bohnen; die Kleider sind Fetzen, die Wohnungen elende Baracken, die Gesundheitsverhältnisse jammervoll. Ob die vielbegehrte Selbstregierung an diesen Zuständen etwas zu ändern vermöchte, erscheint zweifelhaft; schon bloß die Auswanderung nach Nordamerika hält ein Ventil offen, das bei einer Gewinnung staatlicher Un-

abhängigkeit Puerto Ricos von den USA mit verhängnisvoller Wirkung geschlossen würde. Auf jeden Fall sind aber die nordamerikanischen Bemühungen, Puerto Rico zu kolonisieren, im Ganzen gescheitert. L. L. Matthias führt in seinem originellen Buch «Die Entdeckung Amerikas Anno 1953» das Urteil eines amerikanischen Soziologen, E. B. Reuter, an, der selbst feststellen muß:

«Die Amerikaner stolperten in dieses Abenteuer hinein und fingen an, die Insel zu reformieren und zu modernisieren. Sie würden heute am liebsten wieder herausstolpern... In einem halben Jahrhundert ist für diese Insel mehr Geld ausgegeben worden, als der gegenwärtige Kaufwert der gesamten Inselfläche beträgt. Und trotz aller dieser Bestrebungen und schönen Absichten hat man nichts anderes zustandegebracht, als das Elend und den Schmutz, den man um 1900 vorfand, zu verdreifachen.»

Aber eben — jetzt muß man Lateinamerika gegen den Kommunismus verteidigen, und darum muß auch Puerto Rico gehalten werden, koste es, was es wolle. An die *Wurzel* der Volksnot auch in Puerto Rico will man ja nicht herangehen: an die empörenden Besitzverhältnisse und die darauf beruhende Klassenschichtung. Genau wie es in den übrigen mittel- und südamerikanischen Ländern der Fall ist, die die Vereinigten Staaten jetzt vor dem Kommunismus retten wollen. Man nehme das Beispiel *Guatemalas*, das an der Konferenz von Caracas eine so besondere Rolle gespielt hat. Gewiß gibt es in Guatemala Kommunisten; Estrada de la Hoz, der Generalsekretär der durchaus nichtkommunistischen Regierungspartei, schätzte sie in einer Unterredung mit Anna Louise Strong, der wohlbekannten amerikanischen Schriftstellerin, auf etwa tausend, mit vier Abgeordneten im Landesparlament. («Monthly Review», März 1954.) Aber man muß sich nur über das eine wundern, daß es ihrer nicht zehnmal mehr sind — angesichts der bisherigen wirtschaftlichen und politischen Zustände in diesem Land. Jahrzehntelang war ja Guatemala, als eine der mittelamerikanischen «Bananenrepubliken», nicht viel mehr als eine nordamerikanische Dépendance, beherrscht von der United Fruit Co., dem mächtigen Obst-, Gemüse- und Konserventrust, der die Regierungen ein- und absetzte und bis heute die einzige Bahnlinie, die Häfen und die Werften Guatemalas beherrscht. Eine kleinere amerikanische Gesellschaft hat die Elektrizitätsversorgung des Landes in ihren Händen. Und so fort. Im Dienste dieser ausländischen Unternehmungen schalteten einheimische Diktatoren völlig rücksichts- und gewissenlos; sträubten sich die barfüßigen, zerlumpten Indios, auf den Plantagen im malariaverseuchten Dschungel für die fremden Herren zu arbeiten, so wurden sie durch Gesetz dazu gezwungen, mit Arbeitsverpflichtung bis zu 150 Tagen im Jahr. «Vor kaum zehn Jahren noch», so berichtet Anna Louise Strong, «wurden so lange Reihen widerstrebender Indianer an Stricken zur Zwangsarbeit in ungesunden Gegenden geschleppt.»

Und dann kam die Revolution von 1944. «Im Jahre 1944 bekamen wir die Freiheit», erklärt Estrada de la Hoz. «Wir haben die Freiheit,

zu denken, zu reden, zu leben, wie wir wollen, Demokraten oder Kommunisten zu sein, wie es uns gefällt. Seit über neun Jahren haben wir nun Freiheit von Furcht. Und darum können wir auch nicht zugeben, daß wir unsere Kommunisten unterdrücken sollen.»

Seit 1944 sind 32 gegenrevolutionäre Staatsstreiche vereitelt worden, zum Teil von den diktatorisch regierten Nachbarländern her angezettelt. (Die Vereinigten Staaten leugnen selbstverständlich jegliche Beteiligung daran entrüstet ab . . .) Der Weltkommunismus oder gar Moskau aber hat mit der Umwälzung in Guatemala herzlich wenig zu tun. Sie ist

«nur ein Glied in der Kette süd- und mittelamerikanischer Umwälzungen, die sich aus der Gegnerschaft der Rohstoffländer mit schlecht bezahlten einheimischen Arbeitskräften zu mächtigen ausländischen Kapitalgesellschaften ergab. So richtete sich die bolivianische Revolution gegen die ausländischen Zinngesellschaften, so kam Präsident Ibañez in Chile im Kampf gegen die nordamerikanischen Kupfergesellschaften an die Macht, so galt Peróns erstes Feldgeschrei dem ‚Yanqui-Imperialismus'.»

(«Stuttgarter Zeitung», 27. Januar)

Auch in Guatemala geschah nichts Bolschewistisches. Die United Fruit wurde nicht etwa enteignet und sozialisiert; sie mußte im Zuge der Landreform nur einen Teil ihres brachliegenden Bodens gegen angemessene Entschädigung hergeben. Von ihrem Riesenbesitz — die niedrigste Schätzung geht auf 562 000 Jucharten —, den sie kaum zu neun Prozent anbaute, wurden 374 000 Jucharten in Staatseigentum überführt und der Bebauung unterworfen. Auch sonst verfolgt die Regierung eine gesunde Wirtschaftspolitik, die das Land sichtlich wohlhabender, freier und fortschrittsfreudiger macht.

Man vergleiche damit die Lage der reaktionären Nachbarländer: Salvador, Honduras, Nicaragua und Costa Rica. Ich zitiere einen Aufsatz von Flora Lewis in der Neuyorker «Nation» (13. Februar):

«... Die für die Armut bezeichnende hohe Geburtenzahl wird durch die hohe Sterblichkeit ausgeglichen — eine Folge von Unterernährung und primitiven Lebensbedingungen ... Mit der auffallenden Ausnahme von Costa Rica gibt es viel weniger Menschen, die lesen und schreiben können, als die es nicht können. Stoßende Gegensätze konzentrierten Reichtums und weitverbreiteten Elends charakterisieren ihre Landwirtschaft ... Dies hat die klassische revolutionäre Lage geschaffen. Und doch liegt eine wirkliche Revolution im Sinne einer tiefen und gewaltsamen sozialen Umwälzung noch immer jenseits des Horizontes von Mittelamerika. Die Gleichgültigkeit ist groß — das Gemeinschaftsgefühl schwach ... Der Kommunismus ist für sie (die Länder Mittelamerikas) einfach keine wirkliche Frage. Auch in Guatemala geht die Auseinandersetzung um Landreform, Imperialismus und so weiter, nicht um Marxismus gegen Kapitalismus oder — mindestens nicht sehr häufig — um Rußland gegen die Vereinigten Staaten.»

Trotzdem ist die Kommunistische Partei in Honduras, Salvador, Nicaragua und Panama verboten, darum in Mittelamerika, außer in Costa Rica und Guatemala, ohne politischen Einfluß. «Die mittelamerikanischen Armeen, die die ausschlaggebende Kraft in der Politik darstellen, sind

gegenüber dem Kommunismus neutral, wenn nicht feindselig. Die Gewerkschaften, an die die Kommunisten heranzukommen vermögen, sind jung und schwach und bekunden Abneigung gegen Einsickerungsbemühungen.» (Flora Lewis.)

So ist es einfach Demagogie, wenn Staatssekretär Dulles und die amerikanische Abordnung in Caracas die kommunistische Gefahr in Lateinamerika an die Wand malten; denn in den *süd*amerikanischen Republiken — von denen wir gelegentlich mehr berichten zu können hoffen — liegen die Dinge ganz ähnlich. «Die Mehrheit der in Caracas versammelten Völker», so schrieb «The Nation» (13. März), «weist ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 200 bis 400 Dollar pro Kopf auf. Ihre Regierungen verlangen eine nordamerikanische Wirtschaftspolitik, die auf Gegenseitigkeit gegründet ist und nicht auf die Vorstellung, daß Lateinamerika lediglich als Lieferant von Rohstoffen für den geräumigen Wanst der nordamerikanischen Industrie da ist.» Die wirkliche Aufgabe ist auch hier die Befreiung der «rückständigen» Völker von wirtschaftlicher Ausbeutung und damit von Armut und Unbildung, von Schmutz und Krankheit. In dem Maß, als sie erfüllt wird, wird auch der Kommunismus überflüssig; sie *nicht* zu erfüllen und dafür dem Kommunismus den Kampf bis aufs Messer anzusagen, heißt in Lateinamerika nur die Herrschaft der Vereinigten Staaten — politisch und wirtschaftlich — aufrechterhalten und die einheimischen Diktaturen stützen. Alles im Namen der Freiheit, der Menschenrechte und des Völkerfriedens. Was für eine Lüge! Und was für eine wirksame Vorbereitung für den *gewaltsamen* Umsturz der herrschenden Unrechtsordnung, der ja auf diesem Wege kommen *muß!*

Weltmacht Vatikan Manche unserer Freunde haben immer wieder gewünscht, in der Weltrundschau möchte auch einmal auf die *politische Rolle der römischen Kirche* eingetreten werden. Das entsprach längst auch der Absicht des Verfassers und soll heute endlich nachgeholt werden. Denn es ist ja mit Händen zu greifen: der Vatikan und was dahinter steht, ist immer noch — ja gerade heute wieder besonders — eine Weltmacht ersten Ranges. Damit soll nicht jener primitiven Geschichtsbetrachtung Vorschub geleistet werden, die bei allem, was auf der Welt geschieht, die Hand Roms sieht und sofort zu rufen bereit ist: «Cherchez le Jésuite!»; es ist einfach die Feststellung einer Tatsache. Der Vatikan ist ja auch äußerlich als *Staat* organisiert. Er hat ähnliche Einrichtungen wie jeder weltliche Staat: ein Oberhaupt (den Papst), eine Regierung (das Kardinalskollegium), einen Außenminister (den Kardinal-Staatssekretär), eine erstklassige Diplomatie, Botschafter im Ausland (die Nuntien und Legaten), Verträge mit fremden Staaten (die Konkordate), ein amtliches Zeitungsorgan (den «Osservatore Romano»), eine mächtige Radiostation usw. Eine Volksvertretung hat er allerdings nicht, auch keine eigene Armee; dafür übt er aber auf

zahlreiche Länder mit Armeen einen Einfluß aus, der auch das moderne, das päpstliche Rom indirekt zu einer gewaltigen Militärmacht erhebt. Im Vatikan — der übrigens mit seinen tausend Räumen der größte Palast der Welt ist — wird so wirklich Politik im großen Stil und dazu auf weite Sicht getrieben.

Warum gerade im Vatikan? Das hat tiefe Gründe. Zunächst müssen gerade wir Nichtkatholiken feststellen, daß die römische Kirche ungleich mehr als der landläufige Protestantismus den Anspruch Gottes und Christi auf Herrschaft über die ganze Erde vertritt. Das soll gleich von Anfang an nachdrücklich gesagt sein, um der Wahrheit willen, aber auch darum, weil wir nicht das Mißverständnis aufkommen lassen möchten, daß es uns um Kritik an der katholischen Kirchenlehre zu tun sei. Wir kennen genügend katholische Menschen — auch Priester —, um zu wissen, wieviel echte Frömmigkeit, wieviel ursprünglichstes christliches Glaubensgut in der römischen Kirche lebendig ist, nicht zuletzt auf dem sozialen und politischen Gebiet. Was hingegen zur Kritik herausfordert, das ist eine bestimmte *Richtung* der offiziellen vatikanischen Politik — eine Richtung, die von vielen Katholiken als im Widerspruch mit dem Grundsinn der Kirchenlehre selbst stehend erklärt wird.

Daß sich diese spezifisch vatikanische Kirchenpolitik überhaupt herausbilden konnte, liegt wesentlich daran, daß im Schoße der römischen Kirche immer zwei Grundkräfte im Streit miteinander lagen — das Reich Gottes und die Religion, um die wohlbekannte Ausdrucksweise von Leonhard Ragaz zu übernehmen. Oder anders gesagt: Dem Universalismus der christlichen Botschaft — Herrschaft *Gottes* über alle Welt — stellte und stellt sich dauernd ein Totalismus entgegen, dessen letztes Ziel die Herrschaft der *Kirche* über die Leiber und Seelen der Menschen ist und dessen Symbol der Großinquisitor bleibt, so wie er in der Vision Dostojewskijs vor uns steht. Und diese zweite Kraft hat bisher immer wieder aufs deutlichste die Oberhand gewonnen. Die römische Kirche ist so in der Tat wiederum ungleich mehr als zum Beispiel der Protestantismus ein ausgesprochenes *Machtgebilde* geworden, dem all die Merkmale der «Religion» anhaften, so wie Ragaz sie einmal gekennzeichnet hat.[3] Insbesondere trifft von ihr zu, was Ragaz von jeder «Religion» aussagt: daß sie «die Neigung (hat), eine Sache zu werden, die um ihrer selbst willen wichtig ist ... Es liegt der Religion viel daran, sich selbst zu erhalten. Weil sie nun nicht von Gott lebt, dem Lebendigen, sondern aus sich selbst, so sucht sie nach allerlei Mitteln hiefür. Sie verbündet sich mit der Welt. Sie sucht darin eine Bürgschaft. Sie stützt sich auf das Geld, auf kirchliche oder staatliche Macht, auf die herrschende Gesellschaftsordnung und Sittlichkeit oder auch Unsittlichkeit. Dafür verspricht sie ihnen geistigen Schutz. Sie verleiht ihnen Weihe oder doch Duldung.

[3] In einem schon 1917 veröffentlichten Aufsatz der «Neuen Wege», der im ersten Band von «Weltreich, Religion und Gottesherrschaft» (Seite 141 ff.) wieder abgedruckt ist.

Dadurch wird sie eine *konservative Macht*, ja, die konservativste, die es gibt... Wir bekommen so jene Religion, die tatsächlich die stärkste Macht der Reaktion in der Welt gewesen ist bis auf diesen Tag.»

All das gilt wirklich im ausgesprochensten Maße von derjenigen Form der Religion (im genannten Sinn), deren Ausdruck die Gesellschafts- und Weltpolitik des Vatikans ist. Einige Schlaglichter — um mehr kann es sich ja im Rahmen unserer Rundschau nicht handeln — sollen von hier aus auf diese so überaus tätige und einflußreiche politische Kraft geworfen werden.

Kirche, Staat, Wirtschaft Die römische Kirche ist ein rechtlich-politischer Bau von imponierender Größe. Paul Schmid-Ammann anerkennt in seinem Buch über den politischen Katholizismus mit Recht, daß sich die Entwicklung der Romkirche zur bischöflichen Hierarchie und schließlich zum Papsttum mit einer bestimmten Notwendigkeit vollzogen habe; ihre Einheit, ja ihre Existenz habe nur durch eine starke Rechtsordnung bewahrt werden können. Aber, so fügt er bei, dabei blieb es eben nicht. Der Sündenfall Roms habe darin bestanden, daß ihm «die rechtlichen Institutionen und der politisch-hierarchische Apparat nicht mehr nur Hilfsmittel zur Reinerhaltung und Verkündigung des Evangeliums blieben, sondern Selbstzweck wurden und es der Kirche immer mehr darum ging, in der Welt ihre *Macht* statt die Herrschaft Christi durchzusetzen. So ist mit der Zeit die römische Kirche ein geistlicher Weltstaat geworden» — ein Weltstaat, in dem, wie wir gewiß sagen dürfen, der Geist des Römischen Reiches heidnischer Observanz weiterlebt. Im modernen Staatsleben bekundet sich dieser Geist ausgesprochen *autoritär* und *freiheitsfeindlich*. Um nochmals Schmid-Ammann zu zitieren:

> «Die römische Kirche verhält sich zwar den Staatsformen gegenüber an sich neutral. Sie kann sich mit allen verständigen, mit Monarchien, Republiken und Diktaturen... Aber da das Papsttum selber antifreiheitlich ist und in seinem ganzen organisatorischen Aufbau das monarchisch-autoritäre Prinzip zur Anwendung bringt, ist es selbstverständlich, daß ihm in seinen Beziehungen zu den weltlichen Staaten auch die absolutistischen Regierungssysteme am meisten zusagen. Gegenüber der Demokratie hat man in Rom von jeher... nicht nur sehr große Vorbehalte gemacht, sondern unmißverständliche Ablehnung gezeigt... Im Jahre 1832 erklärte Gregor XVI. in der Enzyklika ‚Mirari vos' die Gewissensfreiheit als ‚absurde und irrige Ansicht', ja sogar als ‚Wahnsinn', die demokratische Pressefreiheit als ‚unheilvoll und im höchsten Grade verabscheuungswürdig'.»

Und dabei ist es grundsätzlich bis auf den heutigen Tag geblieben. Kein Wunder darum, daß der *Vatikanstaat* «die letzte absolute Monarchie ist, die es auf der Welt gibt».[4] Sein Oberhaupt vereinigt nach Artikel 1 des Grundgesetzes in seiner Hand alle gesetzgebende, ausführende und richterliche Gewalt, während weitere Artikel die Vereins- und Ver-

[4] Roger Garaudy, «L'Eglise, le Communisme et les Chrétiens», p. 150.

sammlungsfreiheit und die Freiheit der Meinungsäußerung einschränken oder aufheben. Die Theokratie, die Herrschaft Gottes, die auf staatlichem Gebiet in einer Gott unterworfenen Demokratie Ausdruck finden sollte, ist durch eine politische Autokratie ersetzt worden.

Ein ähnlicher Vorgang hat sich auf dem Gebiete der *Wirtschaftsordnung* vollzogen. Das katholische Prinzip — allumfassende Herrschaft des Geistigen und Sittlichen über das Materielle und Naturhafte — ist zwar von der römischen Kirche auch hier immer mit Nachdruck verkündet worden. «Die wichtigste Anschauung», so sagt Professor Tawney in seinem berühmten Werk «Religion und Frühkapitalismus», «welche das Mittelalter an das 16. Jahrhundert weitergab, war jene von der das gesamte menschliche Leben umspannenden Religion; da auch die Wirtschaft darin einbezogen wurde, gesellte sich noch eine zweite und dritte Anschauung hinzu: die Anschauung vom funktionellen Zusammenwirken der Stände und die Lehre der Wirtschaftsethik.» Gewinnstreben, Erwerbsgeist, Zinsnehmen, Handeltreiben, Privatbesitz — all diese Dinge, aus denen der Kapitalismus seine Religion gemacht hat, sind dem mittelalterlich-katholischen Denken fremd und verdächtig und werden nur mit stärksten Vorbehalten zugelassen; das Zinsnehmen ist überhaupt verpönt, während dem Spekulieren und dem Übervorteilen des Konsumenten durch den Produzenten mit der Lehre vom gerechten Preis gewehrt wird. «Die wirtschaftlichen Begierden sind so unbarmherzige Tyrannen, das Reich der wirtschaftlichen Interessen hat eine solche Tendenz, sich beständig zu vergrößern, daß wir eine Lehre, welche die Wirtschaft in ihre Schranken verweist und sie als einen Diener, nicht als den Herrn der menschlichen Kultur betrachtet, zu den fruchtbaren, in jeder gesunden Philosophie beheimateten Wahrheiten zählen müssen.» (Tawney.)

Aber diese ganze Denkweise war dennoch zu wenig auf ewig gültige Wahrheiten und Wirklichkeiten gegründet, zu sehr das bloße Spiegelbild der herrschenden Feudalordnung und der mittelalterlichen Produktionsverhältnisse, als daß sie sich hätte den irdischen Mächten gegenüber wirklich behaupten und durchsetzen können. Die Ungleichheit der Menschen als Angehörige fest umrissener Stände wurde als selbstverständlich anerkannt; die sich dahinter verbergende Klassenherrschaft wird von der Kirche einfach ignoriert, ja «mit dem Segen der Kirche» — bemerkt Tawney — «wurden Vorrecht und Macht nun zu Amt und Pflicht». Hörigkeit und Leibeigenschaft gehörten nun einmal zum Feudalsystem, also wurden sie mit all ihrer schamlosen Ausbeutung der Bauern durch die Grundherren als gegeben hingenommen. Reformbewegungen und Kritik an der bestehenden Gesellschaftsordnung wurden ebenso scharf bekämpft wie jede religiöse und kirchliche Ketzerei: «Die Kirche, die selbständiges Denken in den unteren Klassen verabscheute ... sah diese gefährlichen Spekulationen höchst ungern und unterdrückte sie zuweilen mit unmenschlicher Rücksichtslosigkeit.» «Praktisch war die

Kirche ein gewaltiger, festeingesessener Interessenkonzern ... Als einer der größten Landbesitzer konnte sie mit der feudalen Struktur nicht gut im Streite liegen. ‚Verrückte Priester' mochten sagen und tun, was sie wollten; die offizielle Kirche, deren Reichtum hauptsächlich aus Leibeigenen bestand, war in dieser Sache (der Einrichtung der Leibeigenschaft gegenüber. H. K.) äußerst behutsam.»

Und schließlich: «Das Papsttum konnte wohl die Wucherer brandmarken, aber als Mittelpunkt des am höchsten entwickelten Verwaltungssystems der Zeit, das aus allen Teilen Europas Zahlungen empfing, und zwar Geldzahlungen ... konnte es doch nicht ohne sie auskommen ... Das Papsttum war in gewisser Hinsicht die größte Geldinstitution des Mittelalters, und mit der Entwicklung des Steuersystems wurden die Mißstände vom 13. zum 15. Jahrhundert immer ausgeprägter.»

Die Bank vom Heiligen Geist Genau wie heute — ruft man unwillkürlich aus, wenn man solche Schilderungen der wirtschaftlichen und sozialen Einstellung der römischen Kirche im Mittelalter liest. Und in der Tat, die Parallele ist überraschend. Auch heute gilt als echt katholischer Grundsatz die Unterwerfung der Wirtschaftstätigkeit unter das Sittengesetz. Der kirchlichen Verdammungsurteile gegenüber dem Geist und Wirken des Kapitalismus ist Legion. Immer wieder brechen soziale, ja sozialistische Protest- und Reformbewegungen im Schoße der römischen Kirche auf. Statt der mittelalterlichen Bettelmönche, die die Reichen angriffen und an der evangelischen Armut festhielten, haben wir heute die Arbeiterpriester, die mit dem Proletariat leben und leiden. Aber wiederum: die offizielle Kirche ist eben «ein gewaltiger, festeingesessener Interessenkonzern», der mit der herrschenden Klasse aufs stärkste verhängt ist und die «verrückten Priester» erbarmungslos abschüttelt. Das Reich *dieser* Welt triumphiert über das Reich Gottes und Christi.

Noch immer ist die katholische Kirche eben die *reichste Großgrundbesitzerin der Welt*. In Italien gehören ihr 250 000 Hektaren Land, in Spanien gar ein Drittel allen Bodens; Lateinamerika ist weithin einfach eine Kolonie Roms. Was im besonderen Spanien betrifft, so ist für die dortige Lage kennzeichnend, «daß die Kirche ihre alten feudalen Vorrechte bis in die Gegenwart hinein behielt, weil das Feudalsystem als Ganzes so einzigartig langlebig war (und ist). Die spanische Kirche ist eine halbfeudale Kirche, die durchaus nicht so geschmeidig ist wie die Kirche in anderen Ländern ... Die Kirche verwaltete ihre Ländereien und ihren Reichtum rein geschäftsmäßig, vielfach nutzbringender als die Granden. Als reichste Grundbesitzerin beschäftigte sie Tausende von Landarbeitern. Als Eigentümerin von Großgütern erpreßte sie gewaltige Summen als Zins von ihren Pächtern.» [5]

[5] H. Gannes and Th. Repard, «Spain in Revolt». (London, 1936.) Die Verfasser schildern die Zustände vor und während dem Bürgerkrieg.

Aber ganz charakteristisch: gerade in Spanien ist die katholische Kirche längst auch eine der stärksten *Finanz- und Industriemächte* geworden, die gleichzeitig die öffentliche Meinung des Landes ganz planmäßig lenkt und beherrscht. «Der Jesuitenorden besaß im Augenblick, da die Republik ihn des Landes verwies, folgende Vermögenswerte: 8 Banken; 35 industrielle Großunternehmungen; 1 Radiosendestation; 1 Nachrichtenagentur; 60 Zeitungen; zahlreiche Kinos und Theater.» [6] Und das war schon damals bei weitem nicht alles, was die katholische Kirche in Spanien *als Ganzes*, nicht nur der Jesuitenorden, an kapitalistischem Eigentum besaß. Heute, 18 Jahre später, erst recht nicht!

Ähnliches gilt von der Wirtschaftsmacht der katholischen Kirche in einer Reihe anderer Länder Europas und Amerikas, namentlich Mittel- und Südamerikas, aber auch von der katholischen Wirtschaftsmacht in Kanada und neuerdings in den Vereinigten Staaten.

Aber all das wird überschattet von der Kapitalmacht der *vatikanischen Zentrale selber*. Da sind zunächst die Erträgnisse des Peterspfennigs (die in die Milliarden Goldfranken gehen sollen), der Abgaben der 1700 oder mehr Bischofssprengel in der Welt, der Regiebetriebe des Vatikans (Postmarkenverkauf zum Beispiel) und so weiter. Da sind dann aber insbesondere die eigenen Finanzinstitute des Vatikans und seine Beteiligungen an anderen kapitalistischen Unternehmungen in einer ganzen Anzahl von Ländern, die den Heiligen Stuhl zu einer formidablen Geldmacht, zum Besitzer einer erstaunlich großen Goldreserve (im Jahre 1952 soll sie sich auf 45 Milliarden Goldfranken belaufen haben) und nebenbei auch zum Mittelpunkt eines schwunghaften Devisenhandels gemacht haben. Der Cippico-Skandal, der sich um solche Devisenschiebungen entwickelt hat, ist noch in «bester» Erinnerung.

Den Keim und Kern des riesigen Finanzbetriebes des Vatikans bildete zuerst die «Bank vom Heiligen Geist» (Banco di Santo Spirito), die im Jahre 1606 gegründet wurde. Daraus hat sich im Lauf der Jahrhunderte ein ganzes System von Bankinstituten, Kapitalbeteiligungen und finanziellen Verschachtelungen entwickelt, das sich getrost an die Seite der bedeutendsten Geldhandelskonzerne der modernen Welt stellen kann. Seine Hauptverzweigungen hat es in Italien, Frankreich, der Schweiz und den Vereinigten Staaten [7]. Besonders eng sind die Beziehungen des Vatikans und seiner «Bank vom Heiligen Geist» zu den beiden größten Banken Italiens, der Italienischen Handelsbank und dem Banco di Roma. Vermittelst dieser drei Banken ist er Mitbeherrscher einer großen Reihe italienischer Banken zweiten und dritten Ranges (darunter etwa hundert Volksbanken), in denen zwei Drittel des italie-

---

[6] «Spanien; die wirtschaftliche und kulturelle Lage.» Ohne Verfassernamen erschienene Schrift des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes. (Bern, 1936.)

[7] Nach dem erwähnten Buch von Garaudy, auf das sich auch die folgenden Angaben stützen.

nischen Sparkapitals angelegt sind. Wichtige Bankverbindungen der vatikanischen Gruppe führen auch in die Schweiz, nach Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Nord- und Südamerika.

Und daran knüpft sich wiederum ein ganzes Netz von Beteiligungen an Industrie- und Handelsunternehmungen in zahlreichen Ländern. Im Vordergrund steht auch hier Italien, wo vatikanisches Kapital vornehmlich in Grund- und Hausbesitz, in Versicherungen, Kraftwerken, Bahnen, Gas- und Wasserwerken, Mühlen, Teigwarenfabriken, chemischen Fabriken usw. angelegt ist. In geringerem Umfang «arbeitet» vatikanisches oder mit dem Vatikan verbundenes Kapital in französischen Wirtschaftsunternehmungen (Textilindustrie, Presse, Kasinos und dergleichen), in den Vereinigten Staaten und anderen Ländern.

Kurz, der «Statthalter Christi» wird kaum in der Lage sein, zu behaupten, sein Reich sei nicht von dieser Welt ... Er ist wirklich nicht nur geistliches Oberhaupt einer autoritär verfaßten Weltkirche, sondern auch Chef eines absolutistisch regierten Staates — wenn schon bloß eines Miniaturstaates —, und nicht nur Staatschef, sondern auch oberster Gebieter über eine Finanz- und Wirtschaftsmacht, die zu den größten kapitalistischen Herrschaftsgebilden der Erde zählt.

Das Bündnis von Kirche und Kapital Es konnte nicht fehlen, daß die Wandlung des wirtschaftlichen Unterbaus der katholischen Kirche — vom Feudalsystem zum kapitalistischen Geschäftsbetrieb — auch die politische Einstellung des Vatikans und seiner Filialen stark verschob. Zunächst trat freilich, als Erbschaft des Mittelalters, mehr der *Gegensatz* römisch-katholischen Wesens zur aufsteigenden bürgerlich-kapitalistischen Welt in den Vordergrund. Lelio Basso, der italienische Linkssozialist, beschreibt ihn («Cahiers Internationaux», Paris, Nr. 40) so:

«Die kapitalistische Gesellschaft ist von Natur aus weltlichen Gepräges. Sie ist eine Gesellschaft, in der die Macht über die Naturkräfte die Neigung hat, ‚das Geheimnis', das Übersinnliche zu zerstören, eine Gesellschaft, die ‚alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheines entkleidet' hat (Marx im ‚Manifest') und kein anderes Gesetz als die seinigen gelten lassen will. Sie ist eine Gesellschaft, deren Gott das Geld, deren Evangelium das Zivilgesetzbuch und deren Kirche der Staat ist. Das muß eine Reihe von Konflikten hervorrufen: Konflikt zwischen ‚Nationalstaat' und ‚Katholizismus', Konflikt zwischen der bürgerlichen Staats‚religion', die das Glaubensbekenntnis der Beamtenschaft ist, und der Religion im überlieferten Sinn, Konflikt zwischen gegensätzlichen philosophischen und metaphysischen Ideensystemen, Konflikt um die Jugenderziehung, die der Staat der Kirche entreißen will, um damit eine weltlich-politische Klasse heranzubilden, die den Aufgaben der neuen Gesellschaft gewachsen wäre, und um die ganze Kulturrichtung den neuen weltlichen Werten zu unterwerfen und so weiter.»

Man darf freilich nicht vergessen, daß in dem Gegensatz der katholischen Kirche zur früh- und hochkapitalistischen Gesellschaft immer auch ein starkes, ursprüngliches Element echt christlichen Protestes gegen

den Mammongeist und gegen die ganze Verweltlichung des Lebens steckte (wie er ja noch heute lebendig ist). Aber das ist schon richtig: dieser Gegensatz stammte im wesentlichen doch aus dem mittelalterlich-feudalen Charakter des römischen Kirchentums und wurde weithin einfach in den Formen eines Machtkampfes zwischen Kirche und Staat ausgetragen, wobei der weltliche Staat mit der Trennung von Kirche und Staat, mit der Einziehung von Kirchengütern, mit der Aufhebung von Klöstern, mit der Abschaffung geistlicher und kirchlicher Vorrechte und dergleichen Maßnahmen ungewollt den urchristlichen Kräften in der römischen Kirche neues Leben verlieh. Der Antiklerikalismus zuerst des kapitalistischen Großbürgertums und dann mehr und mehr auch des mittelständischen Kleinbürgertums, der Handwerker, Händler, Bauern, Intellektuellen, mußte sich erst einmal voll ausleben, um dann mehr und mehr einer neuen, auf *Arbeitsteilung*, nicht Kampf beruhenden Einstellung zum Katholizismus Platz machen zu können.

Dieses neue Verhältnis von Kapitalismus und Katholizismus wurde von beiden Seiten her vorbereitet. Am frühesten trat es auf dem Gebiete der *Welt- und Kolonialpolitik* in Erscheinung. Karl Kautsky hat (in seiner zu Beginn des Jahrhunderts veröffentlichten Schrift über Sozialdemokratie und katholische Kirche) mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß die intelligente Wirksamkeit des katholischen Klerus, der in den neu erschlossenen Kolonialländern ein vielversprechendes Feld für die Verbreitung des Glaubens sah, nicht wenig dazu beigetragen habe, die Rivalität zwischen kapitalistischem Bürgertum und römischer Kirche zu mildern. Und erst kürzlich ist mir eine Äußerung Napoleons zu Gesicht gekommen, die — zynisch wie immer — den realpolitischen Wert der katholischen Missionen für die französische Kolonialpolitik feststellte. «Diese Mönche», so sagte der französische Diktator am 22. Mai 1804 im Staatsrat,

«werden mir in Asien, Afrika und Amerika sehr nützlich sein ... Ihr Kleid schützt sie und hilft politische und wirtschaftliche Absichten verdecken. Ihr Oberer wird seinen Sitz nicht mehr in Rom haben, sondern in Paris ... Die Missionare werden meine Kolonisationspläne in Ägypten und an den Küsten Afrikas fördern können.»

Alle französischen Regierungen haben diese Praxis weitergeführt. Sie mochten noch so scharf antiklerikal eingestellt sein und sogar die diplomatischen Beziehungen zum Vatikan abgebrochen haben: Frankreich blieb immer «die Schutzmacht der Christenheit im Orient». «Der Antiklerikalismus ist keine Exportware», sagte Jules Grévy, unter dessen Präsidentschaft der Kampf gegen die katholische Kirche in Frankreich selbst einen ersten Höhepunkt erreichte.

Aber gleichzeitig schwächte sich auch *innenpolitisch* der Gegensatz zwischen kapitalistischem Bürgertum und römischem Katholizismus mehr und mehr ab. Das Bürgertum, ehedem liberal und revolutionär, wurde in der Spät- und Niedergangsperiode des Kapitalismus zusehends konservativ, ja reaktionär und gegenrevolutionär. Die revolutionäre

Haltung war auf die sozialistische Arbeiterbewegung übergegangen, und die von dort her aufsteigende Bedrohung der kapitalistischen Klassenherrschaft zwang das Bürgertum, sich nach Bundesgenossen umzusehen. Wo konnte es bessere finden als im katholischen Autoritarismus und Antisozialismus? Und wirklich: der liberale Antiklerikalismus wurde mehr und mehr als unzeitgemäß und überholt beiseite getan. Man begann mit Achtung von der Kirche und ihrer zivilisatorischen Sendung zu reden. «Dem Volke muß die Religion erhalten werden» — das wurde die neue Losung und die Zusammenarbeit mit der römischen Volkskirche, die in der Lenkung der Massen, besonders der unteren Schichten und der «vorkapitalistischen» Stände — Handwerker, Kleinbauern usw. — eine unvergleichliche, Jahrhunderte lange Erfahrung hat, eines der wichtigsten Mittel im Kampf um die Rettung der Gesellschaft vor Zusammenbruch und revolutionär-nihilistischem Chaos.

Auf der anderen Seite war die römische Kirche ihrerseits bereit geworden, mit dem kapitalistischen Bürgertum und seinem Staat zu einer Verständigung zu kommen. Ihre Wirtschaftstätigkeit und ihr wachsender Reichtum hatten sie ja tatsächlich längst dem kapitalistischen System eingegliedert; warum sollte da die Ideologie noch zögern, der Verschiebung des wirtschaftlichen Unterbaus zu folgen? Natürlich konnte und kann es für Rom keine Kompromisse in dogmatischen und kirchenpolitischen Grundsatzfragen geben. Aber eine Änderung von Strategie und Taktik im Kampf für die gleichbleibenden Ziele — das lag durchaus im Bereiche des Möglichen und wurde denn auch entschlossen an die Hand genommen. Auch der Vatikan, als konservativ-kapitalistische Weltmacht, hatte ein Lebensinteresse an der Erhaltung der herrschenden Ordnungen und benützte den Arm des bürgerlichen Staates ebenso willig für *seine* Zwecke wie dieser den Arm der Kirche für die seinigen. Dies um so mehr, als die Festigung und Ausbreitung des bürgerlich-kapitalistischen Regimes in der Welt auch dem Einfluß und der Machtstellung der Kirche zugute kam. «Gesegnet seien die Kanonen, wenn in den Breschen, die sie öffnen, das Evangelium blüht!» rief der Bischof von Carthagena den Mauren Francos zu, als sie die Heiligtümer des baskischen Volkes in Trümmer schossen.[8]

Die römische Kirche wurde so eine unschätzbare Hilfstruppe für die kapitalistische Klasse, der geistliche Gendarm der herrschenden Ordnung im Kampf gegen den Umsturz. Und galt dieser Kampf anfangs vor allem der Arbeiterbewegung in ihrer *sozialistischen* Gestalt, so richtet er sich heute, da die Sozialdemokratie selber verbürgerlicht und gesellschaftserhaltend geworden ist, mit noch viel größerer Schärfe und Wucht gegen den *Kommunismus*, wider den der politische Katholizismus vielfach in Einheitsfront mit der Sozialdemokratie zur Verteidigung der «Freiheit» und der «christlichen Kultur» steht, unterstützt von der Großzahl auch der protestantischen Kirchen.

[8] Garaudy, p. 192.

Es erscheint überflüssig, den kämpferischen Antikommunismus der römischen Kirche hier im einzelnen mit Dokumenten zu belegen. Hervorgehoben sei immerhin — denn es ist kein Zufall —, daß zu den lautesten Rufern im Streit wider den «gottlosen Bolschewismus» die Führer und Vertreter des politischen Katholizismus in Amerika gehören. So wie Präsident Eisenhower verkündet, daß «die Mächte von Gut und Böse sich in Schlachtordnung und in Waffen gegenüberstehen wie kaum je zuvor in der Geschichte», so auch Kardinal Spellman von Neuyork. «Der Kommunismus», so schrieb er im «Cosmopolitan Magazine» vom November 1946, «ist eine Herausforderung an die Adresse all derer, die an Amerika und an Gott glauben.» Und nach seiner Mitternachtsmesse an der Koreafront rief er zu Weihnachten 1951 vor den amerikanischen Marinetruppen aus: «Der Koreakrieg ist kein wirtschaftlicher und politischer Krieg, sondern ein Kreuzzug gegen die gottlosen Führer, deren Ziel es ist, die Religion zu zerstören.» Wie sollte da ein McCarthy, der berufsmäßig in der Politik arbeitende Sproß irischer Katholiken, weniger Glaubenseifer im Kampf gegen den Kommunismus beweisen als der hohe Neuyorker Kirchenfürst?

Das Ironische an der Sache ist, daß gerade der römisch-katholische Totalitarismus und Absolutismus den besten Nährboden für den kommunistischen Diktaturgeist und Konformismus bildet. Was Paul Seippel vor fünfzig Jahren klassisch an den «Deux Frances» geschildert hat — das Wechselspiel von Klerikalismus und Jakobinismus —, das setzt sich in unseren Tagen in der Wechselwirkung von römisch-katholischer und kommunistischer Unduldsamkeit und Seelenknechtung fort. (In den protestantischen Ländern hat der Kommunismus — von örtlichen Ausnahmen abgesehen — niemals auf breiter Front Fuß fassen können.) Jean-Marie Domenach darf daher im Pariser «Esprit» — der von Katholiken geschrieben wird — mit nur zu viel Grund feststellen:

«Die katholische Hierarchie hat einen geschichtlichen Irrtum begangen, als sie ihre Getreuen vor der Selbstbestimmung des politischen Urteils warnte, wo wir uns doch in einem Zeitabschnitt befanden, da diese Selbstbestimmung der Gewissen den besten Wall gegen den Totalitarismus darstellte, der Frankreich in Händen hatte, und in der Zukunft gegen jede Art von Totalitarismus ... Die Verbindung des Katholizismus mit der bürgerlichen Welt ist nicht nur an und für sich hassenswert, als Widerspruch zum Evangelium; sie deckt, sie schmiedet die dauernde Verbindung mit der Macht, zu einer Zeit, da die Macht unaufhörlich immer weiter in die Gewissen eindringt; sie liefert einen Vorwand und ein Muster für alle Machtgebilde, die einander folgen werden. Die überzeugtesten Ordnungsleute, die blindesten Antikommunisten haben sich wieder einmal verrechnet; sie haben sich über die Widerstandsstellen getäuscht und die Unterjochungsmaßnahmen vorbereitet, über die sie heute seufzen. Sie haben, wie sie gern sagen, wenn sie von uns reden, ‚dem Kommunismus das Bett bereitet'.»

Katholische Aktion Technisch-organisatorisch angesehen ist die Tätigkeit, welche die römische Kirche entfaltet, um die Ordnungen dieser Welt zu stützen, erstaunlich, ja bewunderns-

wert. Sie dringt planmäßig ins politische Leben ein. Statt nur von außen her zu wirken oder die moderne Massendemokratie und den bürgerlichen Staat zu verachten, bedient sie sich der gegebenen Formen des politischen Betriebes, um ihn *von innen* her zu erobern. Sie arbeitet zwar hinter den Kulissen mit den Kapitalmächten eng zusammen, gründet daneben aber eigene katholische Parteien, die in aller Öffentlichkeit agitieren und ihre Vertretung in Parlamenten, Behörden, Verwaltungen und Gerichten erkämpfen. Sie gliedert sich eine mächtige christlich-soziale Gewerkschaftsbewegung an oder nimmt, wie in den Vereinigten Staaten, von ihren «Zellen» aus umsichtig Einfluß auf die «weltlichen» Gewerkschaftsverbände. Sie widmet sich mit besonderem Eifer dem Schul- und Erziehungswesen — mit eigenen Institutionen, wo es möglich ist; nur mit Durchdringung der bürgerlichen Schule, wo es nötig ist. Namentlich entwickelt sie auch eine ausgedehnte soziale, fürsorgerische und caritative Tätigkeit, in der sich beste christliche Eigenschaften und Kräfte zu bekunden reiche Gelegenheit haben.

Und doch hat man bei all dem immer wieder das bestimmte Gefühl, daß die katholische Kirche — oder zum mindesten ihre Führerschaft — nicht in erster Linie an die Volksscharen denkt, die «abgehetzt und verwahrlost sind wie Schafe, die keinen Hirten haben», sondern an sich selbst, nicht an die Weckung selbständigen Denkens und Handelns, kämpferischen Freiheitsgeistes und Aufstiegwillens in den bedrückten, ausgebeuteten Massen, sondern an die Befestigung ihrer Herrschaft über sie und an ihre Festhaltung in den bestehenden wirtschaftlichen und politischen Ordnungen. Und man muß Lelio Basso zustimmen, wenn er — in der bereits angeführten Studie — findet, daß sich hier ein ausgesprochen demokratiewidriger Geist geltend macht:

«Trotz scheinbar demokratischen Kundgebungen (christliche Demokratie, sozialer Katholizismus usw.) ist es nicht zweifelhaft, daß es sich um eine rein äußerliche Demokratie handelt, die das Streben der Kirche verdeckt, ihre Herrschaft über die Schwachen auszuüben; es genügt übrigens, daran zu erinnern, daß die sogenannten demokratischen Seiten der Kirche, das heißt das Erwachen ihres Interesses für die arbeitenden Massen und die sozialen Fragen, genau mit der Periode einer demokratiefeindlichen Entwicklung ihrer Innenorganisation (Umgestaltung des Kirchengefüges im absolutistischen Sinn, Unfehlbarkeit des Papstes usw.) und mit der stärksten Machtballung zusammenfallen.»

Das bestätigt sich namentlich auch bei den katholischen *Parteien*. «Eine breit auf die Masse gegründete Partei», so schreibt Basso, «die aber im Dienste der kapitalistischen Interessen steht, wie es beim Faschismus und Nazismus der Fall war, erscheint unentbehrlich. Im Hinblick auf die amerikanische Propaganda, die auf der Verteidigung der ‚Demokratie' beruht, ist es nötig, daß diese Partei sich als demokratisch ausgibt. Aber ebenso nötig ist es, daß sie nicht demokratisch ist, sei es, daß sie die Forderungen des aufgeweckten Teiles der Massen bekämpft, sei es, daß sie eine Kraft der Hemmung und Unterwerfung darstellt ... Sie muß das Bewußtsein der Massen irreführen, um sie unter

dem Joch zu halten, das heißt, sie muß mit der einen Hand wieder nehmen, was sie mit der anderen hat geben müssen.»

Bezeichnend ist ja immer wieder, daß in Zeiten sozialer und politischer Vorwärtsbewegung, wenn das Volk zu erwachen scheint und sich gegen unerträglich gewordene Herrschaftsformen auflehnt, auch die römische Kirche die Zügel ihrer Massenlenkung locker läßt, daß sie diese aber in dem Grad wieder anzieht, als sich die alten Mächte erholen und das Volk in Schlaffheit und Entmutigung zurücksinkt. Die Geschichte der Widerstands- und Befreiungsbewegung in Frankreich am Ende des Zweiten Weltkrieges und ihres Versagens in den Jahren seither unter dem Druck der in- und ausländischen Reaktion ist nur *ein* Beispiel unter vielen für diesen Tatbestand. Von dem «katholischen Sozialismus» der Jahre 1945 und 1946, der bis hoch in die französische Kirchenführung hinauf vertreten wurde, bis zur Lahmlegung der Arbeiterpriester, die von Rom aus bewirkt und von den französischen Bischöfen mindestens angenommen, wenn nicht veranlaßt wurde, führt ein Weg, den zu beschreiten die römische Kirche nie zögert, sobald die Umstände es erlauben. «Temporum ratione habita», mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse, kann Rom nachgiebig und scheinbar aufgeschlossen für die Notwendigkeit gesellschaftlicher Umwälzung sein, aber auch entschlossen auf die alte, dauernde Linie zurücklenken, wenn die Zeit dafür als günstig erachtet wird. Rom denkt nicht in Jahren, sondern in Jahrhunderten.

Wir konnten hier die treibenden Kräfte der offiziellen Politik der römischen Kirche nur in großen Zügen schildern. Aber wir haben damit doch eine Grundlage für die Beurteilung der Rolle gewonnen, die der politische Katholizismus in den einzelnen Ländern wie auf der Weltbühne spielt; in unserer nächsten Rundschau gedenken wir, sie in einigen ihrer hauptsächlichen Erscheinungsformen noch besonders zu beleuchten.

27. März *Hugo Kramer*

In letzter Minute!

Daß japanische Fischer von der Wasserstoffbombe erreicht wurden, war kein «Unfall», sondern *ein Zeichen*, ein vielleicht letztes Mahnzeichen für die Völker und für diejenigen, welche die Verantwortung für sie tragen. Wie reagiert die Welt auf dieses Zeichen? Mit Hysterie, mit Zynismus, mit Gleichgültigkeit. Nicht einmal echte Angst bringt sie mehr auf, denn echte Angst wäre rettend und würde echte Taten auslösen, sich endlich mit dem Einsatz seines Lebens und seiner Bequemlichkeit für die Erhaltung von Gottes Schöpfung zu wehren. Und wo bleibt